

Bürgerinitiative gegen die Landesgartenschau Erlangen

Liebe Erlanger Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Am 7. Mai haben Sie die Möglichkeit, in einem Bürgerentscheid über die Landesgartenschau 2024 zu entscheiden. Machen Sie von diesem demokratischen Recht der Bayerischen Gemeindeordnung Gebrauch!

Stimmen Sie dafür, dass die Landesgartenschau gestoppt wird! Stimmen Sie mit Ja für den Vorschlag der Bürgerinitiative!

Wenn Sie am 7. Mai verhindert sind, nutzen Sie die Möglichkeit der brieflichen Abstimmung!

Erlangen braucht keine Landesgartenschau auf dem Großparkplatz, im Regnitzgrund und auf der Wöhrmühlinsel! Urteilen Sie selbst! Hier sind unsere Argumente:

Das vorgesehene Gelände ist für eine Landesgartenschau ungeeignet!

1. Es ist insgesamt zu klein! Außerdem fällt ein Teil des Großparkplatzes, auf dem für die Besucher der Gartenschau Parkhäuser errichtet werden sollen, für eine gärtnerische Umgestaltung weg.
2. Das Areal wird durch mehrere Barrieren zerstückelt: Der Frankenschnellweg trennt den Großparkplatz, der für eine Blumenschau vorgesehen ist, von dem Gelände im Regnitzgrund. Die Wöhrmühlinsel selbst wird durch die Gewerbebauten der Firma Möbius und Ruppert in zwei Teile geteilt. Der Damm, auf dem die Autobahn läuft, ebenso wie die Gebäude auf der Wöhrmühlinsel verhindern jeweils eine Sichtverbindung zu dem anderen Teil des Geländes.
3. Auch ist dieses Areal den Abgasen von der Autobahn und dem Lärm von Eisenbahn und Frankenschnellweg ausgesetzt und ist daher als Erholungsgelände nicht geeignet.
4. Schließlich liegt das Gelände westlich der Autobahn, also die Wöhrmühlinsel und die Wiesen zwischen Regnitz und Autobahn, im Überschwemmungsgebiet der Regnitz. Das Hochwasser gefährdet die Landesgartenschau in der Bauphase, während der Ausstellung und in den Folgejahren.

Kein vernünftiges Kosten-Nutzen-Verhältnis!

Bisher werden 16 Mio € als Investitionskosten veranschlagt. Dabei sind noch keine Kosten für den Erwerb zusätzlicher Grundstücke zwischen Autobahn und Regnitz berücksichtigt, auch nicht die Kosten für den Rückbau der Anlagen auf dem Großparkplatz und für die nachhaltige ökologische Pflege. Alle diese Kosten dürften bis zum Jahr 2024 weiter steigen, der erwartete Zuschuss von 3,6 Mio € dagegen nicht. Also wird der Anteil der Stadt mindestens 12 Mio € betragen. Hinzu kommen die Kosten für die Durchführung der LGS. Diese refinanzieren sich nur teilweise durch Einnahmen (Eintrittsgelder). Zu diesen Durchführungskosten liegen bisher noch keine konkreten Angaben vor.

Die gärtnerischen Anlagen auf dem Großparkplatz werden nach der Landesgartenschau allesamt wieder abgebaut. Im Regnitzgrund selbst lassen sich wegen der Hochwassergefahr keine auf Dauer angelegten gärtnerischen Anlagen erstellen. Die Gartenschau ist daher nicht mit einem nachhaltigen und dauerhaften Nutzen verbunden! Dafür sollten nicht 12 Mio Euro ausgegeben werden, die besser in der Sanierung von Schulen, Instandsetzung von Brücken und Straßen angelegt wären.

Mehr ökologischer Schaden als Nutzen!

Zu dem mangelnden Nutzen der LGS treten zu befürchtende Schädigungen im Regnitzgrund (Landschaftsschutzgebiet). Der südliche Teil der Wöhrmühlinsel, der zur Zeit noch nicht öffentlich zugänglich ist, soll als Freizeitfläche erschlossen werden. Der nördliche Teil der Wöhrmühlinsel soll zu einer Kulturbühne mit Gastronomie umgestaltet werden. In beiden Teilen ist mit negativen Auswirkungen auf die Vegetation und die schützenswerten Biotope, insbesondere in den Uferbereichen, zu rechnen, durch Vermüllung und den Lärm, der von den Großveranstaltungen einer Kulturbühne ausgeht. Statt eine ökologische Aufwertung würde die Landesgartenschau im Regnitzgrund und auf der Wöhrmühlinsel eher eine ökologische Abwertung bewirken. Sie würde in ökologischer Hinsicht mehr Schaden als Nutzen bringen.

Warum der Großparkplatz weiter Großparkplatz bleiben sollte!

So ungeeignet der Großparkplatz als Teil einer Landesgartenschau ist, so zweckmäßig ist er in seiner jetzigen Nutzung.

1. Dieser Großparkplatz ist mehr als ein bloßer Abstellplatz für Pkw und, Fahrräder und mehr als ein bloßer Halteplatz für Busse. Er ist wegen seiner Lage unmittelbar hinter dem Hauptbahnhof ein zentraler Umsteigeplatz von individuell genutzten Verkehrsmitteln (Pkw, Fahrrad) zu kollektiv genutzten Verkehrsmitteln (Eisenbahn, Bus) und umgekehrt. Oder auch von Bus zu Bahn und umgekehrt.
2. Dieser Großparkplatz ist ein wichtiger Parkplatz für Autofahrer, die zum Einkaufen oder zum Besuch von Kino, Theater, Museen, Vortragsveranstaltungen oder zum Unterricht in der Uni, auch aus dem Umland, nach Erlangen kommen. Seine Außer-Gebrauch-Setzung während der Landesgartenschau und während der Aufbau- und Rückbauphase würde weiter zur Verödung der Innenstadt (Ladensterben) beitragen. Das gilt erst recht für die geplante Nutzungsänderung des Großparkplatzes zu einem Mischgebiet für Wohnen und Gewerbe, zu der sog. „Regnitzstadt“.
3. Dadurch, dass der Großparkplatz einen beträchtlichen Teil des, wie es so schön heißt, „ruhenden“ Verkehrs aufnimmt, entlastet er die Erlanger Innenstadt von einem Parksuchverkehr und trägt so auch zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der Innenstadt bei. Sein Anschluss an die Autobahn und an die vom Westen kommenden Verkehrswege sorgt auch dafür, dass ein beträchtlicher Teil des nach Erlangen einfahrenden Verkehrs nicht durch die Stadt selbst geführt werden muss.
4. Der jetzige Busbahnhof nimmt sowohl die Umland- wie auch die Fernbusse auf. Die städtischen Busse sind größtenteils auf dem Bahnhofsvorplatz zu erreichen. Die geplante Verlegung des Busparkplatzes, vermutlich neben die Arkaden, führt zu längeren Fußwegen für all die Busbenutzer, die zum Zug wollen. Oder auch für Autofahrer, die vom Pkw zum Bus oder umgekehrt wechseln wollen. Für die Busse selbst bringt diese Verlegung eine unbequeme Anfahrt durch das Nadelöhr der Unterführung in der Güterhallenstraße mit sich.
5. Selbst wenn sich die vorhandenen Stellplätze für Pkw alle in Parkhäusern unterbringen ließen, die Stellplätze in Parkhäusern dürften teurer sein als die ebenerdigen Stellplätze, und sie sind unbequemer wegen der längeren Wege (Treppensteigen!).
6. Sollte durch den Bau eines Parkhauses Platz gewonnen werden, sollte dieser nicht für eine Bebauung genutzt werden, sondern es wäre sinnvoller, dort endlich ein Fahrradparkhaus zu bauen.
7. Bei einer Bebauung kommen private Investoren ins Spiel. Und was einmal verkauft ist, bleibt für andere Zwecke für immer verloren. Städtischer Grundbesitz sollte nicht an Spekulanten verschleudert werden!

Weitere Informationen auf unserer Website: <http://stopp-lgs-er.de/>

V. i. S. d. P.: Dr. Theodor Ebert, Schobertweg 41, 91056 Erlangen